

Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(2. Sitzung am 23. November 2022)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. Unterrichtung durch das Niedersächsische Justizministerium über die Organisation des niedersächsischen Justizvollzugs

Der Unterausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen.

2. Organisation der Unterrichtung über besondere Vorkommnisse im Niedersächsischen Strafvollzug:

a) Besprechung des Unterrichtskatalogs

Der Unterausschuss kommt überein, den Unterrichtungskatalog in der bisherigen Fassung für die neue Wahlperiode zu übernehmen.

b) Besprechung der Information über besondere Vorkommnisse

Das Justizministerium unterrichtet den Unterausschuss über die Bearbeitung besonderer Vorkommnisse im Allgemeinen. Der Ausschuss verständigt sich, die bisherige Form der Unterrichtung fortzuführen

3. Besprechung von Geschäftsordnungsangelegenheiten

Die Vorsitzende informiert über das Verfahren zu Unterrichtungswünschen. Diese seien der Vorsitzenden im Vorfeld der Sitzungen mitzuteilen. In der dann folgenden Sitzung werde über den Unterrichtungswunsch beraten und entscheiden.

Der Ausschuss beschließt, Anstaltsbesichtigungen grundsätzlich in nicht öffentlicher Sitzung durchzuführen. Weiter wird vereinbart, Praktikantinnen und Praktikanten nicht an diesen auswärtigen Sitzungen teilnehmen zu lassen.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

4. Unterrichtung über besondere Vorkommnisse im Niedersächsischen Justizvollzug

Der Unterausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

5. **Besprechung des Terminplans**

Der Unterausschuss verständigt sich über Sitzungstermine im Jahre 2023. Er fasst fernerhin Reisen zu

- der JVA Hannover (13.01.2023),
- der JA Hameln (10.03.2023),
- der JVA Oldenburg (09.06.2023),
- der JVA Meppen (25.08.2023),
- der JVA Bremervörde (06.10.2023) und
- der JVA Rosdorf (01.12.2023) ins Auge.